

Forum

Zeitbombe Nitrat

Die starke Überdüngung und eine exzessive Tierhaltung in der Landwirtschaft bedrohen das Trinkwasser in Deutschland. Neue Anreize sind daher nötig, damit die Bauern in Zukunft umweltverträglicher wirtschaften, aber dennoch sichere Einkünfte haben.

FRIEDER HAAKH, SZ, 23.10.17

Frieder Haakh ist Technischer Geschäftsführer beim Zweckverband Landeswasserversorgung in Baden-Württemberg, einer der größten Wasserversorger Deutschlands. Er lehrt auch an der Universität Stuttgart. Foto: oh

Beißender Geruch liegt in der Luft: Gülle, Ammoniak. Manche Probleme kann man riechen, so wie das Nitratproblem. Der Geruch ist das eine. Weit schwerer wiegt, dass die industrialisierte Landwirtschaft und eine exzessive Tierhaltung das Grundwasser, die wichtigste Trinkwasserressource, verseuchen. Bereits mehr als ein Viertel der lebenswichtigen Ressource kann nicht mehr als Trinkwasser genutzt werden.

Billigfleisch für den Weltmarkt um den Preis nitratverseuchter Brunnen?

Eigentlich dürfte es das Problem gar nicht geben. Seit 1992 gilt die EU-Nitratrichtlinie. Aber Deutschland hat es 25 Jahre lang versäumt, ein wirksames Düngegesetz zu entwickeln. Mit jährlich 97 Kilogramm Stickstoffüberschuss je Hektar belastet die deutsche Landwirtschaft die Umwelt. Um den Trinkwassergrenzwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter gerade so einzuhalten, dürften es nicht mehr als 40 bis 50 Kilogramm Stickstoffüberschuss je Hektar sein. Denn im Boden wird Stickstoffdünger in Nitrat umgewandelt, ein gesundheitsschädlicher Stoff, der leicht wasserlöslich ist und mit dem Regen ins Grundwasser sickert.

Im "Belastungsmessnetz Landwirtschaft", mit dem in Agrar-Intensivregionen das Grundwasser überwacht wird, liegt jede zweite Messstelle über dem Grenzwert. Weil der Deutsche Bauernverband intervenierte, wurde die Messstellenauswahl geändert. Die neuen Zahlen, die Deutschland an die EU meldet, liegen nun "nur" noch 28 Prozent über dem Grenzwert. Die Statistik wurde geschönt, das Problem ist geblieben. Doch die EU war da schon eingeschritten. Die Kommission verklagte Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof wegen Nichtumsetzung der Nitratrichtlinie. Den Fakten steht ein kaum vorstellbares Maß an Ignoranz bei Verantwortlichen und Verursachern gegenüber. So teilte die Bundesregierung 2014 der EU-Kommission mit: "Das deutsche Dünagesystem ist dem der meisten anderen Mitgliedstaaten überlegen", und der Deutsche Bauernverband verbreitet auf seiner Homepage: "Die Düngeverordnung gewährleistet ausreichenden Gewässerschutz!"

Die Realität ist eine andere: Es gelangt viel zu viel Stickstoff aus der Landwirtschaft in die Umwelt, nur 48,7 Prozent des eingesetzten Stickstoffs werden verwertet. Bundesweit sind eine Million Tonnen Stickstoff zu viel "im System". Diese Entwicklung war nur möglich, weil die Interessen der Agrarindustrie jahrzehntelang über den Umweltschutz gestellt wurden und das Verursacherprinzip keine Beachtung fand. Was auf den Äckern geschieht, wird so gut wie nicht kontrolliert.

"Ökosysteme wie die Ostsee ersticken bereits an einem Überschuss von Nährstoffen."

Bereits die alte Düngeverordnung sollte eigentlich den umweltgerechten Umgang mit Stickstoff regeln, doch es wurde getrickst und getäuscht. Tatsächlich wird damit nur die Hälfte des Stickstoffs erfasst, der in der Landwirtschaft anfällt. Die andere Hälfte wird über "Verluste" schöngerechnet, gelangt aber trotzdem in die Umwelt und verseucht das Grundwasser. Und weil das immer noch nicht reicht, wird mit viel zu hohen Bedarfswerten - das ist die Menge an Dünger, die für Ackerflächen berechnet wird - nachgeholfen. Das Nachsehen haben auch die Landwirte. Sie meinen, alles richtig zu machen, wenn sie die Düngeverordnung einhalten und stehen dennoch am Pranger, weil die Nitratwerte weiter steigen. Hier gilt: Die Dosis macht das Gift. Durch zu viel Stickstoff auf dem Acker wird der Nitratgrenzwert im Grundwasser überschritten. Ökosysteme wie die Ostsee ersticken bereits an einem Überschuss von Nährstoffen, der zum großen Teil aus der Landwirtschaft stammt. Auch fossile Stoffdepots in den Böden werden aufgezehrt. Noch wird Nitrat im Untergrund vielerorts wie in einem großen Reaktor abgebaut. Doch dafür notwendige Stoffe wie Pyrit und organische Substanzen werden dabei verbraucht, endgültig. Geht dieser Vorrat zur

Neige, gelangt überschüssiges Nitrat ungehindert in die Brunnen, bereits ein Fünftel ist davon bedroht.

Zusätzliche Kosten für Verbraucher und weniger Versorgungssicherheit beim Trinkwasser sind die Folgen. Wasserwerken bleibt dann nur, Brunnen ganz zu schließen oder Wasser teuer aufzubereiten. Pro Haushalt und Jahr können so leicht 50 Euro an Mehrkosten anfallen. Hochgerechnet auf die Zahl der gefährdeten Trinkwasserbrunnen im Bundesgebiet könnten 400 Millionen Euro mehr jährlich anfallen. Hinzu kommt: **Bei Nitrat zahlen die Bürger gleich mehrfach. Über Steuern, die als EU-Agrarhilfen an die Landwirte fließen, für mögliche Strafzahlungen in Milliardenhöhe, wenn die Klage der EU-Kommission Erfolg hat und über den Wasserpreis, wenn Versorger aufwendig reinigen oder neue Brunnen bauen müssen.**

Die neue Düngeverordnung sollte eigentlich helfen, all diese Probleme zu lösen. Doch die inhaltlichen Mängel sind geblieben: Überschüssige Stickstoffmengen werden einfach weggerechnet. Auch **die neue "Stoffstrombilanz", methodisch zwar richtig, ist eine Mogelpackung**, weil sie am Ende Überschüsse von 50 bis 200 Kilogramm Stickstoff je Hektar und mehr erlaubt. Damit werden die Ziele der Nitratrichtlinie erneut verfehlt. Wir haben im Fall Nitrat kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit. Landwirtschaftliches Fachrecht wird von Behörden nicht vollzogen, umweltschädliche Überschüsse werden nicht geahndet, nicht einmal die vorgeschriebenen Stickstoff-Bilanzen werden von den Landwirten eingefordert. Das liegt auch daran, dass Bauernverband und Landwirtschaftsverwaltung zu eng verbandelt sind. Behörden agieren längst nicht so unabhängig, wie sie es sollten.

Viele Bürger lehnen die industrielle Ausrichtung der Landwirtschaft inzwischen ab. Und selbst Landwirte verlangen nach neuen Perspektiven, die die bisherige Agrarpolitik nicht bieten kann. Die Landwirtschaft muss ihren Beitrag zum Gewässerschutz leisten und dafür auch in die Pflicht genommen werden. Bisläng werden Standortrisiken allein von den Wasserversorgern getragen. Es führt kein Weg daran vorbei: Die Landwirtschaft muss ihre Stickstoffemissionen senken und das Düngen standortabhängig begrenzen.

Eine Chance bietet sich mit der bevorstehenden Reform auf EU-Ebene. Wenn Brüssel die Agrarpolitik von 2020 an neu auflegt, sollten Umwelleistungen der Bauern stärker gefördert werden. Hilfgeld sollte vor allem den Landwirten zustehen, die Besonderes für die Umwelt und damit für die Gesellschaft leisten. **Um das Nitratproblem zu lösen, braucht es einen Systemwandel.** Wir brauchen einen Paradigmenwechsel, der mehr Anreize für Landwirte schafft, nachhaltig und umweltverträglich zu produzieren und zugleich sichere und auskömmliche Erträge sichert.